

UMWELTMINISTER

## Im Dienst der Mehrweglobby

Hinter der Stiftung Initiative Mehrweg (SIM), die im Zeichen des Umweltschutzes für Mehrwegflaschen wirbt, stehen Unternehmen aus der Mehrwegbranche. Die Internet-Seite der SIM etwa ist auf die Schoeller Holding aus Pullach registriert, deren Teilsparten unter anderem Mehrwegflaschen herstellen und Kunststoffrecycling betreiben. In dem Kuratorium der SIM sitzen seit 2006 Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und seit 2004 dessen Amtsvorgänger Jürgen Trittin (Grüne). Entgegen den Verhaltensregeln für die Abgeordneten gaben beide Politiker ihre Kuratoriumstätigkeit bis zur vergangenen Woche weder im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestags noch auf ihren persönlichen Homepages an. Gabriel und Trittin müssen deshalb mit Sanktionen des Bundestagspräsidiums rechnen. Trittin teilte dem SPIEGEL auf Anfrage mit, dass es sich bei der Nichtveröffentlichung um ein „Versehen“ handle, das „umgehend zu korrigieren“ sei. Auch Gabriel berief sich auf ein „Versehen im Ministerbüro“. Die Vermutung, es bestehe ein Zusammenhang zwischen den politischen Zielen des Umweltministeriums und den Interessen der an der SIM beteiligten Firmen, ist laut Gabriel „abwegig und entbehrt jeglicher Grundlage“.



Gabriel, Trittin



KATJA LENZ / DDP

Waffensammlung im Bundeskriminalamt

WAFFENRECHT

## SPD-Fraktion für Verschärfung

Eine Verschärfung des Waffenrechts rückt näher. Denn jetzt fordert auch die SPD-Bundestagsfraktion strengere Regelungen. In einem Brief an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) schlägt der für Inneres und Recht zuständige SPD-Fraktionsvize Fritz Rudolf Körper ein Verbot großkalibriger Waffen im Schießsport vor, die biometrische Sicherung solcher Waffen und Waffenschränke, eine Amnestie für Besitzer illegaler Waffen und ein „Verbot gefechtsähnlicher Schießsportübungen“. Darüber hinaus drängt er darauf, ein bundesweites Zentralregister für Waffen einzuführen und auch die Lagerung der Waffen stärker zu überwachen. Die Behörden sollen fortan „verdachtsunabhängige Kontrollen“ machen können – „auch gegen den Willen des Inhabers“. Wer den Zutritt verweigert, soll seine Waffenerlaubnis verlieren. In der Arbeitsgruppe der Innenministerien des Bundes und der Länder wurden diese Vorschläge vergangene Woche bereits diskutiert. Bislang konnten sich die Ministerialen jedoch nur auf wenige Punkte verständigen. So scheint ein Verbot von „gefechtsähnlichen“ Spielen wie Paintball möglich – Bayern hatte bereits 2007 eine entsprechende Bundesratsinitiative eingebracht. Auch das Schießen mit großkalibrigen Waffen könnte eingeschränkt werden, im Gespräch ist eine Altersgrenze von 18 Jahren. Keine Zustimmung fand bislang ein Vorschlag des Bremer Innensenators Ulrich Mäurer (SPD), wonach Sportschützen ihre Munition zentral in den Schützenheimen aufbewahren sollen. Die Beratungen, mit denen die Beamten die Innenministerkonferenz im Juni vorbereiten, werden diese Woche fortgesetzt.

BUNDESWEHR

## Aufklärer aus Israel

Der Konzern Israeli Aerospace Industries hat gute Aussichten auf ein Millionengeschäft mit der Bundeswehr. Um die Aufklärung im Afghanistan-Einsatz zu verbessern, will das Verteidigungsministerium rasch ein „marktverfügbares“ unbemanntes Fluggerät anschaffen. Als Favorit gilt die Drohne „Heron 1“, die seit 2006 bei den israelischen Streitkräften eingesetzt wird und

mit Kameras, Infrarot- und Radarsensoren ausgestattet ist. Für Wartung und Betrieb sowie die Ausbildung deutscher Soldaten soll eine deutsch-israelische Firma gegründet werden. Vorbild ist ein Vertrag im Wert von etwa 100 Millionen Dollar, den Israel und Kanada über das Leasing von „Heron“-Drohnen für den Einsatz in Afghanistan geschlossen haben. Eine Expertenrunde im Verteidigungsministerium stoppte vergangene Woche aus Kostengründen ein Auswahlverfahren, in dem bisher eine teure US-Drohne („Predator“) mit einem anderen

israelischen Gerät konkurriert hatte. Die Entscheidung über den künftigen Kauf von unbemannten Fluggeräten, die auch schießen können, soll demnach erst in einigen Jahren fallen – wenn die Luftwaffe ausreichend Erfahrung mit der sogenannten Zwischenlösung gesammelt hat. Der europäische Rüstungsriese EADS muss zudem seine Hoffnung begraben, aus Berlin rund 600 Millionen Euro für die komplette Neuentwicklung einer „fortschrittlichen“ Drohne zu erhalten. Für dieses Vorhaben, hieß es im Wehressort, sei kein Geld mehr da.